Eine politisch-ökonomische Betrachtung des Rechnungshofs

von

Bruno S. Frey und Angel Serna

A. Einleitung

Zum Thema der Kontrolle öffentlicher Finanzen und insbesondere zum Rechnungshof existiert von juristischer als auch von wirtschaftswissenschaftlicher Seite sehr umfangreich eine Literatur. Der deutschsprachige Finanzwissenschaft ist dazu wesentliche Beiträge zu verdanken. In dieser Literatur wird auch die geschichtliche Entwicklung der Rechnungshöfe in Richtung einer immer stärkeren Professionalisierung und der oft ungeklärte, im Zeitablauf wechselnde und zwischen Ländern stark unterschiedliche Entwicklung im Rahmen der klassischen Gewaltenteilung diskutiert. Hervorgehoben wird die Bedeutung dieser Institution zur Sammlung, Aufbereitung, Interpretation und Veröffentlichung von Informationen, die für die öffentliche Verwaltung selbst, die Regierung, die Opposition und die Öffentlichkeit eine vermittlende Rolle spielen. Erörtert werden aber auch die Grenzen des Einflusses der Rechnungshöfe, die in aller Regel über keine Sanktionsmöglichkeiten verfügen.

In diesem Beitrag sollen die in der Literatur ausführlich gewürdigten Vorschläge eines Rechnungshofs nicht wiederholt werden; sie werden nicht in Frage gestellt. Vielmehr soll das historisch-technische Verständnis der Funktionen (Teil II) auf die Möglichkeit systematischer Verzerrungen hingewiesen werden, die durch das Handeln von Rechnungshöfen verursacht werden. Das Ziel besteht darin, auf in der bestehenden Literatur bisher weitgehend vernachlässigte Aspekte aufmerksam zu machen und auf Möglichkeiten zur


B. Institutioneller Hintergrund

1. Unterschiedliche Formen von Rechnungshöfen


Gemeinhin lassen sich vier Grundformen der Einrichtung einer Finanzkontrolle unterscheiden (so etwa Schäfer, 1977b): entweder völlig eigenständig oder aber Zuordnung zu einer der drei klassischen Gewalten im Sinne von Montesquieu (Exekutive, Legislative und Judikative). In der Realität ist jedoch keine dieser vier Grundformen in Reinkultur verwirklicht; vielmehr finden sich unterschiedliche Ausprägungen und Mischformen. Eine Zuteilung in das obenerwähnte, Modellcharakter aufweisende Schema kann höchstens nach dem Schwerpunkt der jeweiligen Zuordnung und in Kenntnis der tatsächlichen Funktion der jeweiligen Finanzkontrollbehörde erfolgen. So sind beispielsweise die Rechnungsprüfungsbehörden der Schweiz und Dänemarks dem Finanzministerium (der Exekutive) zugeordnet. In Belgien, Norwegen, Österreich und in den Vereinigten Staaten sind sie ein Organ der Legislative, und in Frankreich, Italien und Spanien bilden sie einen Bestandteil der judikativen Gewalt. Die Rechnungshöfe in der Bundesrepublik Deutschland und in Großbritannien kommen dem Anspruch der völligen Eigenständigkeit am nächsten. Für die Bundesrepublik Deutschland gibt es eine breite Literatur (so z.B. Sauer und Blassius, 1985; Sigg, 1983), die sich eingehend mit der staatsrechtlichen Stellung des Bundesrechnungshofes befaßt. Nahezu überwiegend wird die Charakterisierung der Finanzkon-
trolle als vierte Gewalt im Staat abgelehnt und vielmehr der Begriff der „Einrichtung besonderer Art“ (sui generis) verwendet, der einerseits auf die Selbständigkeit des Rechnungshofs gegenüber den politischen Gewalten und andererseits auf seine Hilfsfunktion für Regierung und Parlament hinweisen soll.

Je nach Art der öffentlichen Haushaltswirtschaft (Treppen- versus Verbundwirtschaft) und der federativen Gliederung ergeben sich weitere Differenzierungen. Gilt der Grundsatz der getrennten Haushaltswirtschaft für die einzelnen Gebietskörperschaften und Verwaltungseinheiten, so ist die Einrichtung eines eigenen Rechnungshofes auf jeder Ebene (so z.B. in der Bundesrepublik Deutschland) oder eines einzigen, für alle Ebenen gleichzeitig zuständigen Rechnungshofs (so z.B. in Österreich) möglich. Bei Ländern mit zentralistischem Aufbau ihres Staateswesens (etwa Frankreich) gibt es in der Regel nur einen einzigen Rechnungshof.


---

Die Textbausteine sind aus dem Englischen übertragen, wobei folgende Begriffe im Kontext verwendet werden:

- **Regularity audit**: Dies entspricht dem Begriff des „regularitätsprüfung“. Hierfür steht der englische Begriff „regularity audit“.
- **Efficiency audit** oder **Operational audit**: Im Englischen werden diese Begriffe „efficiency audit“ oder „operational audit“ genannt.
- **Technische Effizienz**: Der Begriff „technischen Effizienz“ wird im Deutschen verwendet, der englische Begriff ist „technical efficiency“.

---

Eine politisch-ökonomische Betrachtung des Rechnungshofs

2. Zuständigkeit der Rechnungshöfe


---

* Dies entspricht dem Grundsatz der getrennten Finanzkontrolle (Schäfer, 1977b, S. 334).
* Dies entspricht dem Grundsatz der Einheit der Finanzkontrolle (Schäfer, 1977b, S. 334).
* Bezogen auf bestimmte Praktiken durch die Regierung; bemerkt bereits Dressler (1964), daß sich hier der „Kontrollierte seinen Chefkontrolleur selbst aussuche“. Hierfür steht der englische Begriff des „regularity audit“, wie auch Schäfer (1977b, S. 334) festhält. Im Deutschen wird der Begriff „Technische Effizienz“ genannt, der englische Begriff ist „technical efficiency“.

---

* Sie entspricht im englischen dem „efficiency audit“ oder „operational audit“, was im Deutschen der „technischen“ oder „X-Effizienz“ entspricht (Leibenstein, 1966, 1978).
zählen ist. Dies umfaßt somit auch die Tätigkeit öffentlicher Unternehmen und durch Gesetz geschaffener öffentlicher Wirtschaftskörper mit eigener Rechtspersönlichkeit.

3. Gemeinsame Merkmale von Rechnungshöfen

In den vorangegangenen zwei Abschnitten wurde in geraffter Art und Weise ein Überblick über die Möglichkeiten gegeben, die für die institutionelle Ausgestaltung einer im weitesten Sinne verstanden staatlichen Rechnungsprüfungsbehörde bestehen. Im folgenden sollen drei durchweg auf alle bestehenden staatlichen Finanzkontrollorgane zutreffende Eigenschaften erörtert werden, die mit den anschließend diskutierten Verzerrungen im Zusammenhang stehen.

a. Rechnungshöfe als Organe der öffentlichen Hand


b. Ausrichtung auf beobachtbare und messbare Ergebnisse der Staattätigkeit


c. Fehlende Durchsetzungsbedingungen


C. Verzerrende Einflüsse

Vor dem Hintergrund dieser für alle Rechnungshöfe zutreffenden Merkmale soll nun diskutiert werden, in welcher Art und Weise deren Tätigkeit (neben der hier nicht weiter erörterten Steigerung) auch zu einer Minderung der volkswirtschaftlichen Effizienz führen kann. Anhand von Beispielen wird gezeigt, daß diese Effizienzeinbußen infolge von Verzerrungen der Allokationen bedingt sind.

---

1 Siehe dazu z. B. Reding (1981).


2. Verzerrungen infolge einer Überbetonung budgetärer Aspekte


Bei einer umfassenden Betrachtung kann es sich erweisen, daß eine als „unschlagbar“ geregte Mittelverwendung sowohl war, wie eine alternative Verwendung zu höheren nicht-budgetären Kosten innerhalb der Verwaltung, ganz besonders aber bei privaten Personen und Firmen, geführt hätte. So kann ein Bericht eines Rechnungshofs zwar zu erhöhten „Sparsamkeit“ innerhalb der öffentlichen Verwaltung führen, gleichzeitig aber die Privaten höher belasten. Ein Beispiel sind etwa die dem privaten Sektor überbürdenden „bürokratischen Hilfsarbeiten“, die inzwischen eine ausweisliche Größenerhöhung angenommen haben. Ein anderes Beispiel sind Straßenreparaturen, die zum Teil wegen des Drucks der Rechnungshöfe möglichst „billig“ (geräumt im Budgetaufwand) und folglich tagsüber durchgeführt werden, bei den Privaten aber wegen der deshalb entstehenden Staus zu erhöhten Kosten in Form von Zeitverlusten und Ärger führen. Die Rechnungshöfe vernachlässigen dabei über den Haushalt hinausgehende Nutzen und Ko-
3. Verzerrungen infolge einer Vernachlässigung von Anreizen


Ein Rechnungshof kann an diesem Grundsatz den öffentlichen Entlohnung nicht rütteln; er muß diese Vorstellung vielmehr übernehmen (ansonsten würde der gesamte Verwaltungsaußbau und dessen ideologische Grundlagen gefährdet), auch wenn die Angehörigen des Rechnungshofs seien sehr wohl sehen, daß sie mit der Realität nicht übereinstimmt. Beobachtet der Rechnungshof einen Unterschied zwischen dem, was staatlich bedienten tun sollten und dem, was sie tatsächlich tun, können gleichwohl keine (mone-


Die Salzburger Festspiele sind ein Beispiel dafür, daß die Rechnungshöfe keine anreizorientierten Maßnahmen zur Überwindung der von ihnen festgestellten Ineffizienzen anregen. Der österreichische Bundesrechnungshof (1984) hat in einem umfangreichen Bericht nachgewiesen, daß diese Festspiele nicht nur unwirtschaftlich ausgerichtet werden, sondern daß auch erhebliche Mittel verschwendet werden. Im Detail und mit professionellem Können wird in diesem Bericht gezeigt, daß die künstlerischen, technischen und administrativen Bediensteten weit höher bezahlt werden als für vergleichbare Beschäftigungen anderswo; daß die Eintrittspreise zu tief angelegt sind (mit dem Ergebnis, daß lange Warteschlangen und erhebliche Schwarzmarktpreise entstehen); und daß die Aufführungen unübersichtlich und wenigstens gestaltet werden. Diese Feststellungen sind nicht neu; der österreichische Bundesrechnungshof hatte in einem früheren Bericht (1974) die gleichen Mißstände angeprangert, aber offensichtlich ohne Wirkung. Die Ursachen für diese Ineffizienz und Verschwendung sind allerdings leicht zu identifizieren (vgl. ausführlich Frey und Pommeruhne, 1959, Kap. 4). Die Veranstalter der Festspiele haben wenig oder keinen Anreiz, kostengünstiger zu arbeiten, weil ihnen in einem Bundesgesetz (Gesetz über die Errichtung eines Salzbur-


ger Festspielfonds, insbesondere Art. 4, Abs. 1) zugesichert wird, daß jedes Defizit durch die öffentlichen Haushalte (Bund, Land und Stadt Salzburg) gedeckt wird. Anstelle eines umfangreichen Berichtes auf Grundlage kostspieliger Untersuchungen, von dem dann nach den Erfahrungen der Vergangenheit ohnehin wenig Wirkung zu erwarten ist, wäre es wirksamer gewesen, wenn der Rechnungshof den Vorschlag gemacht hätte, die anreizverzerrende Defizitgarantie aufzuheben. Eine an die Eigenleistungen geknüpfte staatliche Unterstützung, möglicherweise sogar die Abgabe von Gutscheinen an die Bevölkerung zum Besuch von Kultureignissen nach ihrer eigenen Wahl, würde den Veranstaltern Anreize geben, effizienter zu wirtschaften. Da sie mit den Verhältnissen gut vertraut sind (vermutlich besser als die Verträge des Rechnungshofes, für welche die Festspreien nur eines von vielen Untersuchungsobjekten sind), wird es ihnen auch nicht schwerfallen, die entsprechenden Maßnahmen zu identifizieren.


93,2% der in der Landwirtschaft erwirtschafteten Wertschöpfung. Im Vergleich dazu erscheinen manche Beanstandungen infolge Verletzungen einzelner Bestimmungen als trivial.

Der wesentliche Grund, weshalb Rechnungshöfe ihre Aufmerksamkeit häufig auf unwesentliches gerichtet, liegt in der Beschränkung ihrer Aufgaben: Große Ausgabenblöcke wie die Agrarpolitik sind in der Regel „politisch“ bestimmt, wozu der Rechnungshof keine Stellung nehmen darf. Sicherlich bestehen gute Gründe dafür, daß Rechnungshöfe sich nicht zu Belangen äußern, die durch den ordnungsgemäßen politischen Prozeß (in der Regel das Parlament) entschieden worden sind. Dennoch wirkt es irritierend, daß die Rechnungshöfe sich nicht mit den wirklich wichtigen Problemen staatlicher Tätigkeit beschäftigen dürfen. Die auferlegten Einschränkungen des Tätigkeitsfeldes bewirken, daß die Rechnungshöfe nur speziell betrachtet, ihr beschränkt fähig sind, die staatliche Effizienz zu erhöhen und Verschwendung zu vermeiden. Unter bestimmten Bedingungen bewirkt die Tätigkeit der Rechnungshöfe sogar eine verminderte Effizienz, nämlich wenn die Auferlegungen von den wesentlichen Problemen abgeleitet werden und wenn eine Anzahl zur Minderung verurteilte ineffiziente Politik durch die bewirkten marginalen Effizienzerhöhungen am Leben erhalten wird.

5. Verzerrungen infolge einer kontraproduktiven Öffentlichkeitswirkung

In der Literatur über die Kontrolle staatlicher Tätigkeit durch Rechnungshöfe wird häufig festgestellt, daß die verfaßten Berichte zwar von hoher Qualität seien, aber dennoch wenig oder gar keine Wirkung hätten. Einzelne Maßnahmen würden zwar behoben, im Großen und Ganzen würden sich die Ineffizienzen und Verschwendungen nach einiger Zeit jedoch wieder einschleichen, und auch in anderen, vom Bericht nicht erfaßten Bereichen würde nicht weiter Wirtschaftlichkeit erreicht. Als Lösung wird von vielen Autoren vorgeschlagen, die Ergebnisse des Rechnungshofes vermehrt der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, etwa indem in Pressekonferenzen die

27 Diese Größenordnung gilt auch für die Bundesrepublik Deutschland, deren Sozialprodukt nach Rosenblatt u.a. (1988, S. 61–66) ohne gemeinsame Agrarpolitik der EG um 3,5% höher sein könnte.
29 Kiker (1983, S. 2168) nennt dazu die Ausgaben für die Arbeitsbeschaffung und Konjunkturprogramme (seine Auswirkungen fragen seien), die den Politikern zugänglichen Vorgängen in Vorhaben sowie die Parteienfinanzierung, bei der bestimmte „politische Parolen öfters gleichzeitig ihre Rechtfertigung nicht erfüllt haben“.

33 Ein Beispiel wäre etwa eine laxe Handhabung der Arbeitszeiten: Wenn es üblich erscheint, daß die Mittagspause um eine halbe Stunde überzogen wird, fühlen sich diejenigen, die sich bisher an die gelegten Arbeitszeiten gehalten haben, „für dummen verkauft“, und werden die gleichen Freiheiten in Anspruch nehmen.
34 Empirische Evidenz zu diesem Verhalten findet sich in Laborexperimenten (vgl. Tite und Rowe, 1973; Grasmick und Scott, 1982): Wenn z.B. ein Lehrer seine Schüler darauf hinweist, daß die Mehrzahl von ihnen bei Klausuren betrügt und an ihre Ehrlichkeit
D. Verschiedene Möglichkeiten zur Steigerung staatlicher Effizienz

1. Auftragsbeziehungen

Die in dieser Arbeit diskutierten Fragen können theoretisch als eine „principal-agent“ Beziehung (Arrow, 1985) aufgefaßt werden. Dabei sind zwei Stufen zu unterscheiden:


(b) Wichtig und entscheidend ist die Principal-agent-Beziehung zwischen den Bürgern und dem Staat. In einer Demokratie sollen die staatlichen Organe dazu beitragen, die Wünsche der Individuen als Bürger bestmöglich zu erfüllen. Die Wähler als Principale haben allerdings aus hinlänglich bekannten Gründen nur beschränkte Möglichkeiten, die staatlichen Organe als ihre Beauftragten zu einem Verhalten zu veranlassen, das ihren Präferenzen entspricht. Die Folge sind erhebliche Abweichungen von den Wählerpräferenzen, die teilweise durch die Rechnungshöfe als Unwirtschaftlichkeit und Verschwendung gerügt werden. Wie die Diskussion gezeigt hat, kann das Verhalten der Rechnungshöfe aber auch zusätzliche Allokationsverzerrungen bewirken und die staatliche Effizienz dadurch vermindern.

Die im folgenden vorgeschlagenen Möglichkeiten zur Steigerung staatlicher Effizienz versuchen, in erster Linie den Einfluß der Bürger zu stärken. Auf diese Weise ist eine Effizienzerhöhung erreichbar, die sich nicht auf „technische“ Aspekte beschränkt, sondern tatsächlich auch die Wohlfahrt der Individuen erhöht.

appellierte, werden die bisher ehrlichen Schüler darüber aufgeklärt, daß sie von den anderen ausgenutzt werden, und beginnen ebenfalls zu betrügen (was den Voraussagen des Prisoner's Dilemma entspricht).


2. Vorschläge


Alternative Ansätze zur Effizienzsteigerung im öffentlichen Sektor stehen in der Tat zur Verfügung. Es können Verfassungsregeln (Buchanan und Tullock, 1962; Frey, 1981; Brennan und Buchanan, 1985) entwickelt werden, die den beteiligten Entscheidungsträgern im laufenden politisch-ökonomischen Prozeß einen Anreiz geben, die Wirtschaftlichkeit zu erhöhen und Verschwendungen zu vermeiden.

Die Verfassungsregeln können auf drei unterschiedlichen Ebenen ansetzen: (a) derjenigen der Politik, (b) der öffentlichen Verwaltung und (c) des Rechnungshofs. Die Maßnahmen auf den beiden ersten Ebenen zielen darauf ab, daß die politischen und administrativen Entscheidungsträger die von Rechnungshof angebotene Information zur staatlichen Leistungssteigerung nutzen. Dahinter steht die Vorstellung, daß ein noch so effizient arbeitender Rechnungshof nichts bewirken kann, wenn seine Leistungen nicht nachgefragt werden. Auf der dritten Ebene wird darauf abgestellt, daß geeignete Regeln auch eine Leistungssteigerung des Rechnungshofs selbst bewirken können.

a. Ebene der Politik

Wie wir (z. B. anhand der Agrarpolitik) festgestellt haben, wird ein (nicht unerheblicher) Teil staatlicher Ineffizienz durch das Handeln des Parlaments und der Politiker selbst verursacht. Ein Rechnungshof kann wegen seiner Unterstellung unter die demokratisch legitimierte Legislative gegen diese Art von Ineffizienz nichts ausrichten. Die Rechnungshöfe müssen aber auch in all jenen Bereichen erfolglos bleiben, in denen die Regierung Ineffizienzen zuläßt oder sie sogar bewußt schafft, um ihren eigenen Nutzen zu erhöhen und Wählerstimmen zu gewinnen. In all diesen Bereichen ist eine Effizienzsteigerung im ökonomischen Sinne, d. h. zugleich ein verstärktes Eingehen auf die Präferenzen der Bürger und eine Erhöhung der „technischen“ Effizienz nur erreichbar, wenn das Parlament und die Regierung durch entsprechende Verfassungsregeln dazu einen Anreiz erhalten und – im Extremfall – dazu gezwungen werden, um politisch überleben zu können. Derartige Anreize können auf drei Arten geschaffen werden.

(1) Der Wettbewerb zwischen den Parteien wird intensiviert. Die Parla-


b. Ebene der öffentlichen Verwaltung

 Geeignete Verfassungsregeln können den staatlich Bediensteten Anreize geben, die ihnen gestellten Aufgaben bestmöglich und kostengünstig zu erfüllen. Es lassen sich vor allem zwei Ansatzpunkte denken:

(4) Den verschiedenen Verwaltungseinheiten wird kein fester Haushalt zugewiesen (was tendenziell zu Ineffizienz führt; vgl. Niskanen, 1975), sondern sie müssen sich darum bewerben. Dieses Verfahren gibt ihnen die Motivation, wirtschaftlich zu handeln. Es ist allerdings nur in Bereichen anwendbar, in denen mehrere staatliche Verwaltungseinheiten tätig sein können. Den Zuschlag (die Budgetzuweisung) erhält dasjenige Amt oder derjenige öffentliche Betrieb, der eine bestimmte, wohl definierte Aufgabe am billigsten erfüllt. Der Wettbewerb kann erweitert werden, indem auch private Anbieter zugelassen werden. Eine Privatisierung wird damit prinzipiell möglich, aber nur durchgeführt, wenn die privaten Anbieter die gestellte Aufgabe kostengünstiger durchführen. Wie eine intensive Forschung in den letzten Jahren gezeigt hat, ist in vielen Bereichen staatlicher Tätigkeit Wettbewerb möglich und sinnvoll.36


Wie bereits betont wurde, ist darauf zu achten, daß nur außergewöhnliche Leistungen auf diese Weise belohnt werden, weil sonst die intrinsische Motivation zur Pflichterfüllung zerstört wird. Wer nur seine Pflicht erledigt, darf nicht zusätzlich belohnt werden. Im laufenden politisch-ökonomischen Prozeß ist es für die Regierung und die Spitze der öffentlichen Verwaltung jedoch vorteilhaft, die Leistungsanreize in Form von Lohnerhöhungen, Orden und Titeln großzügig zu verteilen. Die Verfassungsregeln müssen deshalb vorsehen, daß auf jeder Ebene diese Leistungsanreize nur beschränkt verliehen werden dürfen. Selbst dann ist nicht einfach zu verwirklichen, daß nicht Ansprüche auch bei „normaler“ Leistung erworben und erfüllt werden. Aus diesem Grunde könnte den Rechnungshöfen die entsprechende Kompetenz zugewiesen werden, wodurch sie an Bedeutung gegenüber der öffentlichen Verwaltung gewinnen würden. Ihre Tätigkeit würde eine neue Dimension gewinnen, indem nicht mehr nur Kritik infolge Ineffizienz, sondern auch Lob infolge höherer Effizienz geäußert werden könnte.

c. Ebene der Rechnungshöfe

Sowohl zur Erfüllung der bisherigen Tätigkeiten als auch zur Erfüllung der hier vorgeschlagenen neuen Aufgaben läßt sich die staatliche Effizienz steigern, wenn den Mitgliedern der Rechnungshöfe Anreize vermittelt werden, die Bürgerpräferenzen verstärkt zu beachten und ihre eigene Aufgabe wirksamer zu erfüllen. Dazu stehen einige Verfassungsregeln zur Verfügung:

(6) Die Mitglieder des Rechnungshofs (das Präsidium) können durch das Volk gewählt werden. Als Beispiel mag die weit verbreitete Volkswahl der Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission (einer Art „Minirechnungs-


Bei den im politischen Raum ansetzenden Verfassungsregeln wird eine Effizienzerhöhung des öffentlichen Sektors mittels einer verstärkten Berücksichtigung der Wohlerwähnte direkt angestrebt, d.h. eine Intervention des Rechnungshofs erübrigt sich. Gleiches gilt für die bei der öffentlichen Verwaltung ansetzenden Regeln. Den Benennungen werden Anreize gegeben, die vom Parlament, der Regierung und (bei direkter Demokratie) den Volk festgelegten Ziele besser zu erreichen. Ein Wettbewerb zwischen den Verwaltungseinheiten um die Budgetmittel und die verstärkte Verwendung nicht-monetärer Anreize erhöht die Motivation, die politisch gesetzten Ziele zu erreichen. Die Rationalität des Verwaltungshandelns wird unter diesen Bedingungen über die formalen Aspekte ausgedehnt, und es werden Nutzen und Kosten außerhalb des Budgets berücksichtigt. Insbesondere wird die öffentliche Verwaltung danach streben, Ziele nicht nur durch Vorschriften (Regulierung) zu verwirklichen, sondern auch innerhalb der Verwaltung spezifische Anreize zur Zielerreichung zu setzen. Die entsprechenden Maß-
nahmen kann die Verwaltung teilweise selbst einführen oder aber die politischen Entscheidungsträger veranlassen, geeignete Gesetze zu verabschieden.

Die beim Rechnungshof selbst ansetzenden Regeln sollen dessen Wirksamkeit steigern und damit indirekt die Effizienz staatlichen Handelns erhöhen.


Literaturverzeichnis


Eine politisch-ökonomische Betrachtung des Rechnungshofs

→ 1977b, Kontrolle der öffentlichen Finanzwirtschaft, in: F. Neumark, N. Andel und H.
Haller (Hrsg.), Handbuch der Finanzwissenschaft, Band 1, 3. Auflage, Tübingen, S. 519–550.


Siegg, W., 1983, Die Stellung der Rechnungshöfe im politischen System der Bundesrepublik Deutschland, Schriften zum öffentlichen Recht, Band 441, Berlin.


Tiemann, S., 1974, Die staatsrechtliche Stellung der Finanzkontrolle des Bundes, Schriften zum Öffentlichen Recht, Band 244, Berlin.


Prof. Dr. Bruno S. Frey
Lic. Oec. Puh. Angel Serena
Institut für Empirische Wirtschaftsforschung der Universität Zürich
Kleinstrasse 13
CH-8006 Zürich
Schweiz